

VEREINIGUNG
ÖSTERREICHISCHER
INDUSTRIELLER

18/SN-155/ME 

An das
Präsidium des National-
rates

Wien, 1985 09 02
Ko/1078

Parlament
1010 Wien

Betr.: Entwurf einer Strafgesetz-
novelle 1985

STÄNDIGES GEBETZENTWURF
44 -GE/19 85
Datum: - 4. SEP. 1985
Verteilt 5.9.85 Kainz

Dr. Bauer

Anbei erlauben wir uns, Ihnen 25 Kopien unserer an das Bundes-
ministerium für Justiz gerichteten Stellungnahme zum Entwurf
einer Strafgesetznovelle 1985 zu übermitteln.

VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER

Kapral

(Dr. Peter Kapral)

Richter

(Dr. Verena Richter)

Beilagen

**VEREINIGUNG
ÖSTERREICHISCHER
INDUSTRIELLER**

An das
Bundesministerium für Justiz
Postfach 63
1016 Wien

Wien, 1985 09 02
Dr.Ri/Ko/1077

Betr.: Entwurf einer Strafgesetz-
novelle 1985

Die Vereinigung Österreichischer Industrieller bezieht sich auf das Schreiben des Bundesministeriums für Justiz vom 11.Juni 1985, GZ 318.004/3-II 1/85, mit welchem der Entwurf einer Strafgesetznovelle 1985 mit dem Ersuchen um Stellungnahme übersandt wurde.

Die Vereinigung Österreichischer Industrieller begrüßt grundsätzlich das gegenständliche Gesetzesvorhaben, mit dem der sogenannte Computerbetrug strafrechtlich verfolgbar gemacht werden soll. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß den "Erläuternden Bemerkungen" (Seite 10) bezüglich Geheimnisbruch und Computerspionage nicht ohne Vorbehalte gefolgt werden kann, da zur Verfolgung dieser Delikte oftmals eine gesetzliche Handhabe fehlt.

Generell ist überdies anzumerken, daß die Feststellung des Schadens durch die gegenständlichen strafbaren Handlungen in der Praxis wohl zu Schwierigkeiten führen wird. Es wird angeregt, im Rahmen der Erläuterungen die Frage der Schadensbewertung im Sinne der Erfassung eines über den Wert der Datenträger hinausgehenden Schadens einer Klärung zuzuführen.

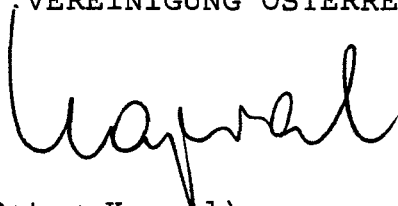
Zu § 147 a tritt die Vereinigung Österreichischer Industrieller dafür ein, daß der Titel - wie in den Erläuterungen vorgeschlagen - lautet: "Betrügerischer Mißbrauch einer Datenverarbeitungsanlage", um die Einführung der österreichischen Gesetzessprache bisher fremder Worte zu vermeiden.

./2

Zu den §§ 227 a und 229a ist anzumerken, daß eine gewisse Problematik darin zu sehen ist, daß der konkrete Tatvorsatz, nämlich das unbefugte Verändern, Löschen oder Unterdrücken von Daten, nicht ident ist mit dem für die Strafbarkeit der Handlung notwendigen Vorsatz. In der Praxis wird eine Bestrafung dieser Delikte nur aufgrund eines sehr schwierigen Indizienbeweises möglich sein.

Der Ordnung halber wird mitgeteilt, daß - dem Ersuchen des Bundesministeriums für Justiz entsprechend - unter einem 25 Kopien dieser Stellungnahme unmittelbar dem Präsidium des Nationalrates übermittelt werden.

VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER



(Dr. Peter Kapral)



(Dr. Verena Richter)